

gruppe der Kreisplankommission gab es die Meinung, daß man den örtlichen Räten gar nicht mehr Rechte geben könne, weil „im Ort gar nicht die Kader da“ seien. Im übrigen habe doch bisher alles geklappt. Auch beim Rat der Stadt Schönebeck gab es ähnliche Auffassungen. In der Gemeinde Wespen wurden wichtige Beschlüsse und Aufgaben für die Volksvertretung und für das gesamte Dorf vom Bürgermeister allein ausgearbeitet, ohne daß die Parteigruppe darauf Einfluß genommen hätte.

Es zeigte sich also, daß manche Genossen das Wesen der Sache nicht begriffen hatten, nämlich daß es darauf ankommt, die sozialistische Demokratie weiter zu entfalten und in stärkerem Maße die werktätigen Menschen in die staatliche Leitungstätigkeit einzubeziehen. Zum Beispiel war es wichtig zu erklären, daß der Aufbau des Traktorenwerkes Schönebeck zum größten Traktoren-Montage-Betrieb der Republik auch neue Fragen der staatlichen Leitungstätigkeit aufwirft und daß der Staatsrats-erlaß gerade in dieser Richtung eine Hilfe für die Lösung der perspektivischen Aufgaben darstellt.

Bilanz einer Parteiaktivtagung

Das Sekretariat der Kreisleitung nahm deshalb regelmäßig zur Durchsetzung des Staatsrats-erlasses Stellung, analysierte aber vor allem, wie sich die Parteiarbeit entwickelte. So führten wir Ende April eine Parteiaktivtagung mit den Genossen aus den staatlichen Organen durch, um die bisherigen Ergebnisse zu prüfen und gemeinsam mit allen Genossen festzulegen, wie es weitergehen soll.

Heute können wir sagen, daß als Folge der systematischen Unterstützung der Parteiorganisatio-

nen beim Rat des Kreises und im Rat der Stadt Schönebeck sowie der regelmäßigen Anleitung der Parteigruppen der örtlichen Volksvertretungen Fortschritte in der Festigung der Parteiarbeit und in der Erziehung der Genossen erzielt wurden. Beide Grundorganisationen behandeln — besonders seit dem 11. Plenum — in stärkerem Maße in den Mitgliederversammlungen die Parteibeschlüsse, rücken die Fragen der politischen Erziehung der Genossen bei der Durchführung ihrer Aufgaben in der staatlichen Leitungsarbeit in den Vordergrund. So setzten sich die Genossen der Grundorganisation des Rates des Kreises in einer Mitgliederversammlung mit den Genossen der Parteigruppe der Abteilung Finanzen auseinander, weil sie bei der Durchführung ihrer Aufgaben einseitig vorgehen; nur finanzielle Ziffern sahen. Es wurde den Genossen klargemacht, daß, gemessen an den Anforderungen des 11. Plenums, der Kampf um die Erhöhung des Nationaleinkommens politisches Bewußtsein der Menschen und politische Arbeit in allen Nachfolgeorganen erfordert.

Auch in der Parteiorganisation beim Rat der Stadt setzte sich die Erkenntnis durch: ohne enge Beziehungen zu den Werktätigen des Kreises und besonders der Kreisstadt kommt man nicht vorwärts. Diese Erkenntnis führte dann dazu, daß allein in den ersten Monaten dieses Jahres mit 1800 Bürgern in der Stadt Aussprachen geführt wurden, um die Möglichkeiten für den zusätzlichen Ausbau von Wohnungen zu prüfen. Regelmäßig werden jetzt Rathausgespräche durchgeführt, in denen zum Beispiel Fragen der Versorgung im Zusammenhang mit dem verlängerten Wochenende alle zwei Wochen u. a. beraten werden. Dazu wurden besonders Frauen (Vorsitzende von Frauenausschüssen, aus DFD-Gruppen, aus Frauenbrigaden usw.) eingeladen.

Natürlich kommt auch die kulturelle Betätigung bei uns nicht zu kurz. So zeigen beispielsweise schon unsere Jüngsten im neuen Pionierblasorchester, was sie können. Sie finden großen Zuspruch. Viele Kulturveranstaltungen finden statt, die ebenfalls gern besucht werden. Unter unseren Laienkünstlern sind vor allem Frauen.

Durch interessante Literaturabende wird in unserem Wohn-

bezirk viel gelesen. Da ist selbst der Bildschirm kein Hindernis.

Das Leben in unserem Wohnbezirk ist interessant und vielseitig. Als Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front waren wir stets bemüht, die verschiedensten Interessen unserer Bürger zu berücksichtigen.

Gudrun Draheim

Mitglied der BPO in der
GHG Möbel Kulturwaren,
Greiz

Warum antworten die BPO-Leitungen nicht?

Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juli 1965 „Zur Parteiarbeit in den städtischen Wohnbezirken“ war für die Leitungen der WPO besonders in Vorbereitung der Wahlen im Oktober vergangenen Jahres eine wertvolle Hilfe. Auf seiner Grundlage hat die